

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie*

**2008/2055(INI)**

9.10.2008

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Haushaltsausschuss

zur Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007-2013  
(2008/2055(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Paul Rübig

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag aufzunehmen:

1. begrüßt nachdrücklich die Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens 2007-2013 sowie die öffentliche Konsultation der Kommission zur Reform des EU-Haushaltes; ist der Ansicht, dass der Haushalt ein Schlüsselinstrument sein muss, das die wirksame Umsetzung der Ziele der europäischen Politik gewährleistet;
2. ist der Auffassung, dass eine effektive Ausrichtung der Kohäsionspolitik der EU auf diese Ziele die Möglichkeit sein wird, in den Regionen nachhaltige Konvergenz zu erzielen, wobei die Notwendigkeit hervorgehoben wird, eine viel bessere Ausschöpfung der zugewiesenen Gemeinschaftsmittel zu fördern;
3. hält es angesichts der anhaltenden Veränderungen der politischen Prioritäten der Union infolge der Globalisierung, des demographischen Wandels, der technologischen Entwicklung, der Notwendigkeit der Sicherung und Diversifizierung von Energieversorgungsquellen und des Klimawandels für wesentlich, dass die Ausgaben der EU neu bewertet und optimiert werden, um den größten Mehrwert und die beste Effektivität für die Arbeit der EU zu erreichen;
4. vertritt die Auffassung, dass diese Halbzeitüberprüfung von größter Bedeutung für den EU-Haushalt ist, damit er besser die Prioritäten der Bürger im Zusammenhang mit den Bestrebungen der EU zum Ausdruck bringt, eine wettbewerbsfähige, wissensbasierte und effiziente globale Wirtschaft zu werden; ist der Ansicht, dass dies eine bedeutende weitere Aufstockung der Mittel für Forschung und Innovation, Klima- und Energiepolitiken, Infrastruktur, allgemeine und berufliche Bildung voraussetzt;
5. unterstreicht, dass die großen energiepolitischen Herausforderungen für die EU sowie das erklärte Ziel der Reduzierung der weltweiten Emissionen die Entwicklung erschwinglicher, kohlenstoffarmer Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen erforderlich machen; ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass der Haushalt ausreichende Finanzmittel zur Verwirklichung der Ziele des Europäischen Strategieplans für Energietechnologie zur Verfügung stellen muss; stellt fest, dass er nicht durch Umschichtung von Mitteln aus den Gemeinschaftsprogrammen für Forschung und Innovation finanziert werden sollte;
6. fordert die Kommission auf zu analysieren, wie neue Finanzierungsmöglichkeiten genutzt werden können, um erneuerbare Projekte von europäischem Interesse voranzutreiben, und dabei insbesondere auf folgende Punkte Bezug zu nehmen:
  - (i) die Entwicklung der notwendigen Netzwerkinfrastruktur zur Entwicklung von Off-shore-Wind- und Meeresenergiepotenzialen in der Nord- und Ostsee;
  - (ii) den Ausbau von Verbindungsleitungen zu den Mittelmeerländern, um das beträchtliche Potenzial der Wind- und Sonnenenergie in Südeuropa und den Nachbarstaaten umfassend auszuschöpfen;

- (iii) die Umsetzung von Fernwärme- und Fernkältenetzen auf der Grundlage von Biomasse in Kombination mit einem umfangreichen Nachrüstungsprogramm für die bestehende Biomasse;
7. weist darauf hin, dass Energieeffizienz unerlässlich ist, um die Energiearmut zu bekämpfen, der kostengünstigste Weg ist, um schnelle Ergebnisse im Kampf gegen den Klimawandel zu erreichen, und mittelfristig das kostengünstigste Potenzial für die Emissionsreduzierung darstellt; fordert die Kommission auf zu prüfen, wie die Mittel aus dem EU-Haushalt am besten die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und andere politische Instrumente zur Energieeffizienz ergänzen können, und fordert die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für produktions- wie verbraucherseitige Energieeffizienzinitiativen; ist der Auffassung, dass verstärkte Investitionen insbesondere benötigt werden, um den Bausektor energieeffizienter zu machen;
  8. betont nachdrücklich, dass Forschung und Innovation für die Errichtung eines durch Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen gekennzeichneten dynamischen, wissensbasierten EU-Wirtschaftsraums von zentraler Bedeutung sind; unterstreicht, dass eine bessere Verfügbarkeit der Mittel eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Forschungs- und Innovationspolitik bildet; vertritt die Ansicht, dass sich die Bereiche, in denen Mittel benötigt werden, geändert haben, so wie sich auch die Welt verändert hat; fordert daher, dass der Großteil der Mittel für Forschung und Entwicklung künftigen Marktchancen und neuen globalen Herausforderungen wie Umwelttechnologien und Energie gewidmet wird;
  9. ist der Auffassung, dass Forschung von höchster wissenschaftlicher Qualität immer mehr Investitionen in die Forschungsinfrastruktur notwendig macht; vertritt die Ansicht, dass das Budget für die Forschungsinfrastruktur des Siebten Rahmenprogramms im Laufe des Zeitraums 2007-2013 weder dem Bedarf noch dem Potenzial der europäischen Forschung entspricht; ist der Auffassung, dass dieser Sektor vor der Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens eine wichtige Priorität werden muss;
  10. erinnert daran, dass KMU mehr als die Hälfte des BIP der EU erzeugen, 99 % aller Unternehmen der EU ausmachen, zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der EU bereitstellen und damit den größten Sektor der EU-Wirtschaft bilden; unterstreicht, dass die Lissabon-Ziele nur durch eine zielgerichtete und finanziell gut ausgestattete KMU-Politik erreicht werden können, die sich mit Finanzierung, Regulierung und Unterstützung der unternehmerischen Initiative und der Beteiligung von KMU in den Bereichen Forschung, Innovation, Technologie und öffentliches Auftragswesen beschäftigt; betrachtet die geplante europäische Regelung für kleine Unternehmen („Small Business Act“) als sehr wichtiges Instrument zur Unterstützung von KMU und vertritt die Ansicht, dass dafür eine entsprechende Aufstockung der Ressourcen erforderlich sein wird;
  11. fordert die Kommission auf, die Wirksamkeit und den Mehrwert des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und anderer Maßnahmen zu prüfen, die den Unternehmergeist und die Innovation unterstützen; ist der Auffassung, dass eine fortgesetzte und verstärkte Unterstützung und weitere Mittel für die Programme sowie eine bessere Integration der Programme notwendig ist, die die wichtigsten Finanzinstrumente für die weitere Entwicklung der KMU in der EU bereitstellen;

- unterstreicht, dass die KMU mit Blick auf die Innovation ermutigt werden sollten, ihre Anstrengungen mit Hochschulen und Forschungszentren zu koordinieren, um den Know-how-Transfer anzuregen und Forschungsergebnisse rasch zu vermarkten;
12. unterstreicht, dass Energieeffizienz und Klimawandel zwar als Hauptprioritäten für die EU betrachtet werden, sich aber nicht ausreichend und einheitlich im EU-Haushalt widerspiegeln; vertritt die Auffassung, dass die Einführung einer gesonderten Haushaltslinie oder die Schaffung besonderer Teilrubriken für Investitionen in die Abschwächung der Klimaänderung und entsprechende Anpassungen eine mögliche Verbesserung zusätzlich zur Einbeziehung der Klimaschutzziele in die bestehenden Programme darstellen würde;
  13. betont die Bedeutung des CIP und der JEREMIE-Initiative, um die Marktlücken bei der KMU-Finanzierung zu schließen, und fordert, verfügbare Mittel auf die tatsächlichen Bedürfnisse der KMU auszurichten, d.h. die Förderung von neuem Mezzaninkapital; stellt fest, dass die KMU besonders hart von der verspäteten Auszahlung von Finanzhilfen getroffen werden, Verzögerungen daher mittels eines wirksamen und transparenten Kontrollsystems vermieden werden müssen, um zu gewährleisten, dass die Zahlungen innerhalb eines festgelegten Zeitraums erfolgen;
  14. stellt fest, dass einer wirksamen Verwaltung der EU-Ausgaben hohe Priorität eingeräumt werden sollte; stellt des weiteren fest, dass es besonders wichtig ist, dass die Mittelzuweisungen auf objektiven Kriterien und einer fortgesetzten Bewertung ihrer Leistung erfolgen; ist der Auffassung, dass starke und effiziente öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) im Hinblick darauf gefördert werden sollten;
  15. unterstreicht, dass Finanzhilfen für den Ausbau entflochtener Transeuropäischer Energienetze, die eine wichtige Rolle in der strategischen Energiepolitik spielen, sowie für die Entwicklung transeuropäischer elektronischer Dienste unter besonderer Berücksichtigung der Datensicherheit benötigt werden; ist in Übereinstimmung mit den Klimaschutzzielen der Auffassung, dass die Finanzmittel für die Transeuropäischen Energienetze auf eine Infrastruktur mit einem geringen CO<sub>2</sub>-Ausstoß wie intelligente Energienetze konzentriert werden sollten, um die Effizienz, Flexibilität, Sicherheit, Zuverlässigkeit und Qualität der Strom- und Erdgasnetze in der EU zu steigern;
  16. betont die Notwendigkeit der Bereitstellung finanzieller Mittel für eine EU-Regulierungsbehörde, die sich mit der nuklearen Sicherheit und Sicherung befasst und einheitliche Vorschriften, Verfahren und Normen für den Umgang mit Kernmaterial und dabei auftretenden Unfällen erarbeitet und überwacht;
  17. stellt fest, dass die EU-Emissionshandelsregelung (ETS) umfassend überarbeitet werden wird; betont, dass unter das ETS fallende Unternehmen in die Entscheidungsfindung darüber einbezogen werden sollten, wie die Einnahmen aus Versteigerungen verwendet werden sollen;
  18. bemerkt, dass, insbesondere in den Bereichen der Unterstützung für Forschung und Entwicklung und KMU die effektivsten und effizientesten Formen der Unterstützung in Form von Darlehen in Kombination mit Zuschüssen sein können; ist der Auffassung, dass die Haushaltsüberprüfung Methoden der innovativen Finanzierung zur Unterstützung des

Wachstums in Betracht ziehen sollte;

19. betont die Bedeutung einer verbesserten Koordinierung zwischen der EU und Drittländern, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung eines weltweiten Partnerschaftssystems und der Stimulierung des Know-how-Transfers mit Ländern, die eine strategische Bedeutung haben, um die Energieversorgungssicherheit der EU zu verbessern; ist der Auffassung, dass dieses Ziel im Haushaltsplan zum Ausdruck gebracht werden sollte.

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	7.10.2008
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ : 35 - : 2 0 : 0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Jan Březina, Jerzy Buzek, Jorgo Chatzimarkakis, Giles Chichester, Dragoş Florin David, Pilar del Castillo Vera, Den Dover, Nicole Fontaine, Norbert Glante, András Gyürk, David Hammerstein, Mary Honeyball, Ján Hudacký, Romana Jordan Cizelj, Werner Langen, Pia Elda Locatelli, Eluned Morgan, Angelika Niebler, Reino Paasilinna, Atanas Papanizov, Francisca Pleguezuelos Aguilar, Miloslav Ransdorf, Herbert Reul, Teresa Riera Madurell, Paul Rübig, Britta Thomsen, Patrizia Toia, Claude Turmes, Nikolaos Vakalis, Adina-Ioana Vălean
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende(r) Stellvertreter(-in/-innen)</b>	Manuel António dos Santos, Juan Fraile Cantón, Neena Gill, Pierre Pribetich, Silvia-Adriana Țicău, Vladimir Urutchev
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende(r) Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	José Javier Pomés Ruiz